Regierungsrat

Rathaus/Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement
Rechtsdienst
Bundesgasse 3
3003 Bern

27. April 2004

Vernehmlassung zum Bericht betreffend Änderung der Bestimmungen über die internationale Amtshilfe im Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns Gelegenheit geben, uns zum oben erwähnten Bericht zu äussern.

Aus dem Bericht des Eidg. Finanzdepartementes geht klar hervor, dass die geltenden Bestimmungen über die Amtshilfe im Börsengesetz revisionsbedürftig sind. Es darf nicht sein, dass die Amtshilfe gegenüber einzelnen Staaten vollständig blockiert ist und die internationalen Richtlinien in diesem Bereich nicht eingehalten werden können. Es verwundert deshalb nicht, dass die schweizerische Amtshilfepraxis dem Finanzplatz Schweiz den Ruf eingetragen hat, Marktmissbrauch zu ermöglichen und zur wirksamen Verfolgung von Börsendelikten keine Hand zu bieten.

Der vorliegende Revisionsentwurf ist geeignet, die bestehenden Mängel zu beheben. Nachfolgend nehmen wir zu den zentralen Punkten der vorgeschlagenen Regelung Stellung:

- Wir unterstützen die Absicht, am **Spezialitätsprinzip**, also am Prinzip, dass Informationen nur zur Durchsetzung von Regulierungen über Börsen, Effektenhandel und Effektenhändler verwendet werden dürfen, vollumfänglich festzuhalten. So kann sichergestellt werden, dass Informationen, die im Amtshilfeverfahren an eine ausländische Finanzmarktaufsichtsbehörde übermittelt werden, nicht für andere, **insbesondere nicht für Steuerzwecke** gebraucht werden.
- Der Revisionsentwurf sieht vor, dass der **Grundsatz der Vertraulichkeit** unter dem Vorbehalt von Vorschriften über die Öffentlichkeit von Verfahren steht. Die ersuchenden Behörden müssen zwar an ein Amts- oder Berufsgeheimnis gebunden sein, doch können ausländische Vorschriften die Öffentlichkeit von Verfahren und die Orientierung der Öffentlichkeit vorsehen. Damit sind wir einverstanden, weil auf diese Weise Sanktionsverfahren im Bereich der Wertschriftenaufsicht mit mehr Publizität geführt werden können, was erwünscht ist und einer weltweiten Tendenz entspricht.

- Nichts einzuwenden ist gegen die Aufhebung des **Prinzips der langen Hand** im Rahmen des Spezialitätsprinzips. Auf diese Weise ist die Weiterleitung von Informationen an Stellen, die mit der Durchsetzung von Regulierungen über Börsen, Effektenhandel und Effekthändler betraut sind, erlaubt. Ausserdem entfällt – im Rahmen des Spezialitätsprinzips – das Verbot der Weiterleitung von Informationen an Strafverfolgungsbehörden und die damit zusammenhängende bisherige Bedingung der doppelten Strafbarkeit und des Zusatzverdachts, was sehr zu begrüessen ist.
- Wir begrüessen schliesslich die Beibehaltung des **Kundenverfahrens** und die damit verbundenen gesetzlichen Vorschriften, welche eine Straffung und eine Beschleunigung des Verfahrens bringen, so dass eine Übermittlung der ersuchten Informationen innert sechs Monaten möglich wird.

Mit freundlichen Grüessen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig,
Ruth Gisi
Frau Landammann

sig.
Yolanda Studer
Staatsschreiber-Stellvertreterin